

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Verkaufsstellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Die Postanstalten des Reichs und der Provinzen sind verpflichtet, das Wilsdruffer Tageblatt als Postzeitung zu behandeln. Die Abrechnung erfolgt am 1. d. M. des Monats, in dem die Abrechnung erfolgt ist. Die Abrechnung erfolgt am 1. d. M. des Monats, in dem die Abrechnung erfolgt ist.

Abdruckrecht: Die gespaltenen Raumteile 20 Goldpfennig, die 4 gespaltenen Zeilen der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 2 gespaltenen Zeilen der amtlichen Bekanntmachungen 20 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Weissen.
Nr. 124 — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 31. Mai 1926

Tragödien des Alltags.

„Mord!“ geht es aus den Spalten der Presse in den letzten Tagen mehr denn je. „Mord!“ — wobei wohl Revolver und Gasbrenn, Gift oder Dold ihre verhängnisvolle Rolle spielen. Bald ist's der Ehegatte, der das Opfer der Gattin ist, oder umgekehrt; bald sind es junge Leute, die „zueinander nicht kommen konnten“. Aber nicht ist jetzt der Revolver tödlicher in jenen Kreisen, die man als die sogenannten „ungebildeten“ bezeichnet, sondern das Tragische ist, daß in letzter Zeit gerade in Kreisen, deren Leben ein umhertotes ist, derartig sich Tragödie auf Tragödie häuft. Die furchtbarste Tragödie der letzten Tage ist wohl der Mord, der in der Familie des weltbekanntesten Parfümeriefabrikanten Schwarzlose erfolgt ist. Die Witwe hat die beiden Söhne im Krieg verloren, jetzt wird ihr durch einen vertriebenen Studenten, den sie in ihre Häuslichkeit aufgenommen hat, auch noch die einzige Tochter gemordet.

Fast wäre man versucht, in diese Linie auch die Attentate zu stellen, die in letzter Zeit wiederholt in den Gerichtssälen vorkommen. Durch reinen Zufall oder durch energisches Zutun der Justizwachmeister, die verhindert worden, daß auch dort die Nordweste Sieger blieb. Das sind Szenen, die früher fast undenkbar waren. Und wenn man schließlich noch daran nicht vorbegeht, daß der politische Mord, daß Angriffe auf politische Andersdenkende, und zwar Angriffe, die denen fast mit Selbstverständlichkeit von Revolver, Dold oder Eisenstangen Gebrauch gemacht wurde, schon fast als Routinestaten gelten, so sehen wir die unheimliche Ketten geschlossen.

Es ist wirklich an der Zeit, daß der Staat energischer dafür sorgt, Leib und Leben seiner Bürger zu beschützen. Eine gefährliche Mißachtung des bürgerlichen Lebens; man glaubt namentlich politisch immer gleich mit „schlagenden Gründen“ auf den Gegner einzuwirken zu können — und das schlimmste dabei ist, daß diese Mißachtung des bürgerlichen Lebens des sogenannten „Segners“ besonders in den Kreisen der Jüngeren verbreitet ist. Gewiß ist nicht zu bestreiten, daß der Kampf ums Dasein weit schwerer geworden ist, schärfere Formen angenommen hat, daß auch das Dasein als solches manchmal allzu leichtfertig fortgeworfen wird. Aber man muß schon fast an der Verachtung jener Anschauung verzweifeln, daß jede Strafe vor allem einen erzieherischen Zweck haben soll.

Über die Mächtigkeit des Staates ist es, ohne jede Rücksicht auf Sentimentalitäten weltfremder Theoretiker vorzugehen, das Dasein seiner Bürger mit den schärfsten Mitteln zu schützen; das ist seine erste und oberste Pflicht. Hierfür hat er alle Kräfte einzusetzen — obwohl wir ja leider vor der Tatsache stehen, daß diese Kräfte gerade in letzter Zeit und von der Entente wieder einmal beschlagnahmt worden sind. Wir haben Jahre durchlebt, wo die Bürger zur Selbsthilfe schreiten mußten, um ihr Leben und Eigentum zu schützen. Graudübel ist derartige nicht, aber leider war es notwendig. Zudem muß auch die andere bedauerliche Tatsache festgestellt werden, daß die Mordepidemie nicht nur angeschwollen ist, sondern daß der oder die Mörder leider allzu oft unentdeckt bleiben. Gewiß ist ein guter Wille der Behörden nicht zu zweifeln, aber ihre Kräfte sind nicht bloß beschränkt, sondern leider sind sie auch mit Aufgaben überhäuft, die sie von ihrem Hauptzweck abziehen.

Wir wissen, daß nicht allein bei uns in Deutschland die Lockerung und Mißachtung moralischer Selbstverständlichkeiten einen erschreckenden Umfang angenommen hat. Allzuviel Blut ist vergossen worden im Krieg und nach dem Krieg, aber desto größer wird die Aufgabe, dieser Entwicklung mit allen Mitteln entgegenzuwirken, diese Mittel aber auch in rücksichtsloser Form einzusetzen. Objekt dieser gewalttätigen, erfolglosen Erziehung muß vor allem die Jugend sein. Man hat einmal scherzhaft davon gesprochen, daß die einzige Partei, die uns wirklich fehlt und die daher unbedingt begründet werden müßte, die „der aufständigen Leute“ wäre. In diesem Scherzwort liegt aber ein tiefer Sinn, liegt der Erfüllungszwang eines dringenden Bedürfnisses, soll nicht der Staat zusammenbrechen deswegen, weil für seine Zukunft die Hemmungsfähigkeit zu einer Selbstverständlichkeit wird.

Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft.

Dr. Haslinde beim Reichslandbund.

Anlässlich der Gesamtvorstands- und Vertreterversammlung des Reichslandbundes in Weimar sprach der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Haslinde, über die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft. Die eingeleiteten Aktionen zum Zwecke der Kreditregulierung wie zur Wiederherstellung der Rentabilität werden mit allem Nachdruck fortgesetzt. Gleichwohl sei bei einer so tiefgehenden Krise eine durchgreifende Besserung von heute auf morgen nicht herbeizuführen. Sehr zu bedauern sei das langsame Tempo bei der Zuleitung der bereitgestellten Kredite der Golddiskontbank an die dringend bedürftigen Kreditnehmer, wodurch gleichzeitig die Bereitstellung weiterer Kredite beeinträchtigt werde. Gleichzeitig werde die Landwirtschaft darauf bedacht sein müssen, auch von allen anderen ihr sich bietenden Kreditmöglichkeiten, zu denen u. a. auch die Sparkassengelder zu rechnen seien, in weitgehendem Maße Gebrauch zu machen. Der Zinssatz für die landwirtschaftlichen Real- und Personalkredite müsse eine baldige weitere Ermäßigung erfahren. Die vor kurzem von der Reichsbank veranstaltete Enquete diete hoffentlich hierzu einen geeigneten Anlaß.

Der Minister berührte dann die Zollfrage und wies darauf hin, daß es unbedingt notwendig sei, unsere schwerkriegende Landwirtschaft gerade während der Zeit ihrer Umstellung und ihres Wiederaufbaus gegen die Überfremdung mit Agrarprodukten aus dem Ausland hinreichend zu schützen. Solange unsere Industrie den schiefen Zollschutz für erforderlich und aufrechtzuerhalten können und die bis zum 1. August 1926 gültigen — weil unter die Friedenssätze gesunkenen — Übergangssätze für Getreide und Vieh bei der fortgeschrittenen Berechtigung der Landwirtschaft nicht als hinlänglicher Zollschutz gegen die übermächtige Konkurrenz des Auslandes anerkannt werden.

Der Abschluß des deutsch-spanischen Handelsvertrages habe erneut den Beweis erbracht, daß auf handelspoli-

tischem Gebiete ein notwendiger Gegensatz zwischen den Interessen unserer Industrie und unserer Landwirtschaft im Grunde nicht bestehe, sondern daß ein gesunder Ausgleich möglich sei. Zum Schluß wies der Minister darauf hin, daß es gerade in der gegenwärtigen Not- und Übergangszeit Aufgabe der wirtschaftlichen Verbände sei, sich geschlossen hinter die Reichs- und Staatsregierung zu stellen. Ereignisse der letzten Zeit, wie drohende Protestversammlungen, Forderungen ultimativen Charakters an die Regierung usw. müsse er mißbilligen, da sie letzten Endes nur dazu geeignet seien, den Wirtschaftsfrieden zu stören und damit dem Volksganzen zu schaden. Nur durch tatkräftige und verantwortungsvolle Zusammenarbeit von Wirtschaft und Staat werde es uns gelingen, den Weg in eine bessere Zukunft zu finden.

Die Not der Winzer.

Als Abschluß seiner Besichtigungsreise durch das preussische Weinbaugebiet sprach Landwirtschaftsminister Dr. Seiger in einer Winzer- und Bauernversammlung über Winzerfragen und führte u. a. aus: Der Weinbau sei im höchsten Maße gefährdet. Deutschland brauche zwei Millionen Hektoliter Wein jährlich, 1,8 Millionen würden erzeugt, 1,2 Millionen eingeführt, so daß 1 Million Hektoliter Wein mehr vorhanden sei als gebraucht werde. Daher die Absatzkrise, da auch Amerika und die nordischen Staaten wegen Erntedrückung als Abnehmer ausfielen. Die Bestrebungen der Winzer für eine bessere Zollpolitik hätten gute Erfolge gehabt. Der Minister zählte sodann auf, was vom Staat zur Behebung der Misere des Winzerstandes geschehen sei. Von dem 30-Millionen-Kredit werden an die preussischen Winzer 6,7 Millionen verteilt. Später habe das Reich weitere 15 Millionen bewilligt. In der Reichsausbelebung werde als Aufgabe des Staates zur planmäßigen Nebenzüchtung übergegangen werden. Als Ziel der Bestrebungen gelte es, die Rebe widerstandsfähiger zu machen, um die Zahl der Jahre mit geringen Ernten zu vermindern.

den. Ein Sieg des Volkentscheids würde, so betonte er, von unübersehbaren Folgen für die innerstaatliche und innerpolitische Entwicklung sein. Eine solche Lösung des Problems wäre politisch nicht gerecht und rechtlich nicht zu begründen. Die Deutsche Volkspartei sei durchaus entschlossen, die staatlichen Rechte in den Auseinandersetzungen mit den Fürsten mit aller Entschiedenheit zu wahren. Es sei bedauerlich, daß das Bild dieser Auseinandersetzungen durch schamlose Anpöndelungen einzelner Personen, die nicht einmal die deutsche Staatsangehörigkeit besäßen, getrübt würde.

Die 650-Jahr-Feier der Stadt Marienburg

Festakt im Remter der Burg.

Im Großen Remter der Marienburg begann der Festakt aus Anlaß des 650-jährigen Jubiläums der Stadt Marienburg. Eingeleitet wurde die Feier mit musikalischen Darbietungen. Anschließend hielt der Bürgermeister von Marienburg eine Begrüßungsansprache. Darauf nahm der Vertreter der Reichsregierung, Staatssekretär Dr. Zweigert, das Wort, um die Grüße der Reichsregierung, der preussischen Staatsregierung und des Reichspräsidenten von Hindenburg im besonderen zu überbringen. Der Reichspräsident habe ihm persönlich seine Grüße an die Stadt Marienburg und an die Marienburger Schützengilde mitgegeben. Namens der Reichs- und Staatsbehörden der Provinz Ostpreußen und der Reichsbahndirektion Königsberg begrüßte dann der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen die Versammlung. Anschließend überbrachte der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig, Dr. Sahm, die Glückwünsche Danzigs. Er wies darauf hin, wie eng die Bande zwischen der Stadt Marienburg und Danzig seien, seitdem sie durch deutsche Siedler gegründet worden waren. Es sprachen dann noch der Landeshauptmann Dr. von Prünck, Oberbürgermeister Dr. Bohmeyer, Königsberg, auch im Namen der Vorstände des Deutschen Städtetages und des Reichsstadtebundes Oberbürgermeister Dr. Mertens-Ebbing, Generalsuperintendent Jentich, Stefan Bingl-Marienburg, Landrat Gräbe sowie die Präsidenten der Handelskammer und Handwerkskammer Ebbing. Den Schluß der Feier bildete Richard Wagners „Meistersinger“-Spiel.

Militärputsch in Portugal.

Zwei Divisionen gegen die Regierung.

Die Absicht, einen Aufstandsversuch in Lissabon selbst zu unternehmen. Die Regierung war jedoch gewarnt worden und hatte Vorkehrungen getroffen, um den Aufstand in der Hauptstadt zu unterdrücken. Die Verbindung zwischen Lissabon und der Provinz ist unterbrochen. Gerichten zufolge marschieren die aufständischen Truppen auf die Hauptstadt. Die Führer der Aufstandsbewegung haben den Präsidenten der Republik aufgefordert, eine neue Regierung zu bilden und das Parlament vollkommen auszuscheiden.

Die augenblickliche portugiesische Regierung ist die vierzigste seit fünfzehn Jahren, das heißt: seit dem Bestehen der Portugiesischen Republik, und es hat in dieser Zeit bereits anderthalb Dutzend Aufstände im Lande Portugal gegeben. Die meisten dieser Aufstände wurden durch die Armee, die sich immer wieder in die Politik einmischt, hervorgerufen, aber sie verliefen fast alle unblutig, so daß man mit einigem Recht von portugiesischen „Operettenrevolutionen“ sprechen kann. Mit dem Wegfall monarchistisch-republikanisch haben alle diese Putsch nicht zu tun.

Die Aufstandsbewegung in Portugal.

Rücktritt des Kabinetts.

Zahlreiche Meldungen über den Aufstand in Portugal belegen, daß dieser doch ernstlicher zu sein scheint, als man bis jetzt annehmen konnte. Nachdem der Präsident der Republik zu Beginn der Bewegung die von dem Ministerium angebotene Demission abgelehnt hatte, hat er sie jetzt angenommen. Er will nunmehr Schritte unternehmen, um ein nationales Ministerium zu bilden. Über die Lage selbst verlautet, daß die Aufständischen die Eisenbahnstrecke in Nordportugal unterbrochen und die Verbindung mit Porto verhindert hätten. Die Infanterieschule bei Lissabon, die sich den Aufständischen angeschlossen habe, verfüge über schwere Maschinengewehre und erwarde auch noch Artillerie. Auch die Marineschule am linken Ufer des Tago sei zu den Aufständischen übergetreten. Das Komitee der Aufständischen ließ eine Kundgebung verteilen, in der erklärt wurde, die Aufstandsbewegung sei republikanisch und trage keinen militärischen Charakter. Das Komitee habe den Wunsch, eine Regierung auf demokratischer Grundlage zu bilden. In einer offiziellen Mitteilung erklärt die Regierung, die Vertreibung Lissabons sei, falls es belagert werden sollte, gesichert. Nach einer offenbar aus dem französischen Ministerium des Äußern stammenden Nachricht handle es sich um einen nationalistischen Aufstand, um den Linksparteien die Regierungsgewalt zu entreißen.